

Beschlussvorlage für Ausschüsse



Landeshauptstadt
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 1035/2011
Amt/Aktenzeichen Dezernat V/17 00 66 Fi	Datum 31.05.2011	TOP

Behandlung in der Verwaltungsbesprechung am			
Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ortsbeirat Mainz-Finthen	Kenntnisnahme	07.06.2011	Ö

Betreff: Sachstandsbericht zu Antrag 0692/2011 CDU, Ortsbeirat Mainz-Finthen; hier: Waldaufforstung
Mainz, Jens Beutel Oberbürgermeister

Beschlussvorschlag:

Der Ortsbeirat nimmt den Sachverhalt zustimmend zur Kenntnis; der Antrag 0692/2011 des Ortsbeirates Mainz-Finthen ist erledigt.

Problembeschreibung / Begründung:

Die im Antrag genannten Gewanne liegen innerhalb des Naturschutzgebietes Höl-
lenberg. Dieses Gebiet ist Teil des EU Vogelschutzgebietes „Dünen- und Sandgebiete
Mainz-Ingelheim“ und des EU Flora-Fauna-Habitat-Gebietes (FFH) „Mainz-Ingelheim“.
Hier finden sich vielfältige Lebensräume für seltene, gefährdete und zum Teil euro-
paweit bedeutende Tiere, Pflanzen und Lebensgemeinschaften.
Schutzzweck ist der Erhalt und die Entwicklung dieser Lebensräume. Hierzu zählen
neben den obstbaulich genutzten Flächen offene Sandflächen, Sandrasen, Streu-
obstwiesen, Brachflächen unterschiedlicher Ausprägung sowie Alt- und Totholzbe-
stände. Die naturschutzrechtlichen Vorgaben und Entwicklungsziele sind zu beach-
ten. Für die Verwaltung stehen somit die o. a. Vorgaben bei der Unterhaltung von
Biotopflächen im Vordergrund. Die Umsetzung erfolgt in erster Linie im Zuge der Erfül-
lung naturschutzrechtlicher Ausgleichsverpflichtungen.

Mit der Erfüllung der beschriebenen Ziele entsteht auch ein vielfältiges Mosaik an Landschaftsstrukturen und somit ein abwechslungsreiches Landschaftsbild mit hoher Bedeutung für die

„stille Naherholung“. Da die Parzellen des Gebietes überwiegend in Privatbesitz sind, ist der Einfluss auf deren Entwicklung, mit der Ausnahme hoheitlicher Überwachungsaufgaben nicht gegeben.

Erwerb und Entwicklung von Flächen kann zurzeit nur im Rahmen der Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen, für die eine rechtliche Verpflichtung besteht, erfolgen. Darüber hinaus stehen keine Finanzmittel zur Verfügung.